



VLI und ÖLI-UG zum Bildungskonzept der IV:

22.11.2014

Klares NEIN zum Privatisierungs-Vorstoß der Industriellenvereinigung im Schulbereich

Für soziale und demokratische Schulreformen und zukunftsorientierte Investitionen - gegen Bildungssparpakete, Aufnahmestopp und Privatisierung

Das Schulkonzept der IV hat eine Neuauflage des altbekannten Gesamtschul-Streits in der ÖVP gebracht. Dieser geht allerdings am Kern der Ungeheuerlichkeiten des Konzepts vorbei.

Neuen Diskussionsstoff liefert das IV-Schulkonzept hinsichtlich der Gestaltung der 9. Schulstufe, vor allem aber in Hinblick auf die Privatisierungsbestrebungen der IV.

Nein zur IV-Offensive für Privatisierung öffentlicher Schulen und Budgetgelder

„Die sog. ‚*Bildungsrevolution*‘ der IV ist ein Angriff auf das öffentliche Schulwesen“, so Gerhard Pušnik, AHS-Spitzenkandidat bei den Personalvertretungswahlen, „und Teil der neoliberalen Offensive. Die Absicht ist klar: es soll zwar öffentlich finanzierte, aber *strategisch* von kapitalstarken Trägern gelenkte Bildungseinrichtungen und Schulen geben.“

Die Industriellenvereinigung hat vor allem eines im Auge: 150.000 Beschäftigte und zig Milliarden an staatlichen Budgetmitteln. Ein Blick nach Skandinavien sollte allerdings genügen, um diesem Konzept eine klare Absage zu erteilen: im ehemaligen Bildungsmusterland Schweden steckt das Schulwesen als Folge der Privatisierungspolitik vergangener bürgerliche Regierungen in einer tiefen Krise, profitorientierte Schulträger dominieren den Markt, viele öffentliche Schulen sind zu überforderten Restschulen geworden. In Schweden ist längst Ernüchterung eingetreten.

Demokratische und soziale Bildungs- und Budgetpolitik

Wir sind für die Erhaltung des schulgeldfreien, öffentlichen österreichischen Schulsystems und lehnen ein marktwirtschaftlich orientiertes *Schulträger-Modell* ab.

Wir treten ein:

- für das notwendige Aufstocken der Bildungsbudgetmittel
- für die Rechte aller Kinder und Jugendlichen auf bestmögliche Bildung und Förderung im Elementarbereich- und allen darauf aufbauenden Bildungsstufen
- für die Interessen der ArbeitnehmerInnen im Bildungswesen